

Jahr 1955. Vom Gesichtspunkt des Devisenhaushalts und der Zahlungsbilanz ist jedoch die Zunahme des Importüberhangs insofern weniger bedenklich, als sie zum Teil durch wachsende Auslandskredite hervorgerufen und gedeckt wird.

Ein- und Ausfuhr

Zeit	Einfuhr		Ausfuhr	
	1 000 :	Mill S	1 000 :	Mill S
1956 I. Quartal	2.440	5 814	1 501	4.947
IV. Quartal	2.787	6.931	1 716	5.994
1957 I. Quartal	3.138	7.442	1 679	6.024

Bundeshaushalt 1956 und Bundesvoranschlag 1957

Die vorläufigen Ergebnisse des Rechnungsabschlusses erlauben eine Würdigung des Bundeshaushalts im Jahre 1956. Da der Bundesvoranschlag für 1957 auf sehr realistischen Ansätzen beruht, können aus einem Vergleich des vorläufigen Rechnungsabschlusses 1956 mit dem Bundesvoranschlag für 1957 wichtige Einblicke in die voraussichtlichen Entwicklungstendenzen des Budgets gewonnen werden.

Der Bundeshaushalt 1956

Obwohl das Budget 1956, ebenso wie in den Vorjahren, weit günstiger war als der Voranschlag, schloß es mit einem Defizit von 725 Mill. S. (Veranschlagt war ein Defizit von 2.173 Mill. S.) Dieser Gesamtgebarungsabgang entstand, weil der Abgang von 1.367 Mill. S. im außerordentlichen Haushalt durch den Überschuß in der ordentlichen Gebarung von 642 Mill. S. nur knapp zur Hälfte gedeckt werden konnte. Im Jahre 1955 war allerdings das Gesamtdefizit mit 1.008 Mill. S. höher. Die Verbesserung im Jahre 1956 beruht ausschließlich auf einer Kürzung des außerordentlichen Budgets.

Die Hauptursachen des Defizites liegen neben dem durch Investitionseinschränkungen nur teilweise gedeckten Personal-Mehraufwand im Aufbau der Landesverteidigung und in zusätzlichen Subventionen (Milch).

Trotzdem ist bemerkenswert, daß nicht nur die finanziellen Folgen des Gehaltsgesetzes 1956, sondern auch die schweren Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag vom Budget verhältnismäßig gut und ohne Steuererhöhungen getragen werden konnten. Das gesamte Budgetdefizit beträgt schließlich kaum viel mehr als 2% der Ausgabensumme.

Ausgaben

Die Gesamtausgaben des Bundes waren im Jahre 1956 mit 30.996 Mill. S. (davon 1.669 Mill. S. im außerordentlichen Haushalt) um 210 Mrd. S. oder 7% höher als im Vorjahre. Mehrausgaben waren überwiegend für das Personal (+171 Mrd. S.), weiters für die Landesverteidigung (+054 Mrd. S.), die Ablöseverpflichtungen an die Sowjetunion (+047 Mrd. S.), Kinder-, Familien- und Geburtenbeihilfen (+043 Mrd. S.) sowie für die Erhöhung

Der Bundeshaushalt 1955 bis 1957

	Ausgaben			Einnahmen			Überschuß (+) Abgang (-)		
	1955 Erfolg	1956 Vorläufiger Erfolg	1957 Bundesvor- anschlag	1955 Erfolg	1956 Vorläufiger Erfolg	1957 Bundesvor- anschlag	1955 Erfolg	1956 Vorläufiger Erfolg	1957 Bundesvor- anschlag
Millionen Schilling									
A. Ordentliche Gebarung									
Hoheitsverwaltung	17 229	19 268	21 311	19 111	21 078	22 365	+1 882	+1 810	+1 054
Monopole	510	526	550	789	878	762	+ 279	+ 352	+ 212
Betriebe	2 841	3 071	3 315	2 737	2 905	2 899	- 104	- 166	- 416
Bundesbahn	5 973	6 068	6 321	4 612	4 729	4 611	-1 361	-1 339	-1 710
ERP-Gebarung	329	394	315	343	379	315	+ 14	- 15	-
Zusammen	26 882	29 327	31 812	27 592	29 969	30 952	+ 710	+ 642	- 860
B. Außerordentliche Gebarung									
Bundesinvestitionsprogramm	1 714	1 371	712	-	-	-	-1 714	-1 371	- 712
ERP-Freigaben	302	298	-	298	302	-	- 4	+ 4	-
Zusammen	2 016	1 669	712	298	302	-	-1 718	-1 367	- 712
C. Budgetmäßiger Gesamterfolg	28 898	30 996	32 524	27 890	30 271	30 952	-1 008	- 725	-1 572
D. Anlehensgebarung ¹⁾	124	150	-	147	578	-	+ 23	+ 428	-
E. Unwirksame Gebarung ²⁾	904	-	-	540	-	-	- 358	- ³⁾	-
F. Veränderung der Kassenbestände	-	-	-	-	-	-	-1 343	- 297	-

¹⁾ Saldo der Kreditoperationen. — ²⁾ Einnahmen und Ausgaben ohne gebarungs- oder vermögenswirksamen Effekt (z. B. Kassenbewegung für fremde Rechnung), einschl. der Differenz zwischen Kassenerfolg und Gebarungserfolg (1955: +6 Mill. S.) — ³⁾ Unterlagen über die unwirksame Gebarung im Jahre 1956 liegen derzeit noch nicht vor.

der Milchpreissubvention (+ 0 32 Mrd S) nötig. Diesen zusätzlichen Aufwendungen stehen beträchtliche Einsparungen bei den Investitionen der Bundesbetriebe (−0 79 Mrd S), bei den Bundeszuschüssen zur Sozialversicherung (−0 55 Mrd S) und beim Kapitel Staatsschuld (−0 31 Mrd S) gegenüber. Volkswirtschaftlich gesehen hat sich damit die Struktur des Bundesbudgets von den Investitionen wieder mehr auf konsumtive Ausgaben verlagert. Dennoch war das Investitionsbudget (im weitesten Sinne) im Jahre 1956 mit rd. 5 1 Mrd. S noch immer beachtlich hoch.

Die Bundesausgaben

	1955 Erfolg	1956 Vorl. Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (−)	1957 Bundes- voran- schlag
Mill S				
I Ordentliche Gebarung der Hoheitsverwaltung				
Personalaufwand für Aktive ¹⁾	3 723	4 388	+ 665	5 151
Pensionen	1 573	1 918	+ 345	2 152
Renten und Unterstützungen	3 416	3 913	+ 497	4 034
Zuschüsse an Sozialversicherungsanstalten	1 170	616	− 554	1 208
Subventionen	1 012	1 350	+ 338	1 310
Staatsschuld	993	682	− 311	743
Brutto-Investitionen der ordentlichen Gebarung	832	1 060	+ 228	1 018
Investitionsförderung der ordentlichen Gebarung (ohne ERP)	859	650	− 209	526
Instandhaltung und Reparaturen	388	340	− 48	310
Interne Überweisung an Familienbeihilfenausgleichsfonds ²⁾	436	638	+ 202	580
Ablösezahlungen an die UdSSR aus dem Titel des Staatsvertrages	297	768	+ 471	760
Landesverteidigung (ohne Personalaufwand)	288	832	+ 544	1 169
Erwerb von bestehenden Vermögenswerten ²⁾	578	310	− 268	273
Übriger Sachaufwand und sonstige Ressortausgaben (Restpost)	1.664	1.803	+ 139	2.077
Zusammen (I)	17 229	19 268	+ 2 039	21 311
II Ordentliche Gebarung der Monopole und Betriebe				
Monopole	510	526	+ 16	550
Post	2 295	2 469	+ 174	2 617
Bundesbahn	5 973	6 068	+ 95	6 321
Sonstige	546	602	+ 56	698
Zusammen (II)	9 324	9 665	+ 341	10 186
III Ordentliche ERP-Gebarung	329	394	+ 65	315
IV Außerordentliche Gebarung Bundesinvestitionsprogramm a o. ERP-Gebarung	1 714	1 371	− 343	712
a) Industrie, Darlehen	134	134	−	
b) Sonstiges	168	164	− 4	
Zusammen (IV)	2.016	1.669	− 347	712
Ausgaben insgesamt (I–IV)	28 898	30.996	+ 2.098	32 524

¹⁾ Einschließlich Arbeiterlöhne, Bezugsvorschüsse, Beihilfen und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, jedoch ohne die im Investitionsaufwand bzw. in Zweckkrediten verrechneten Personalkosten. — ²⁾ Überweisung des Überschusses des Ausgleichsfonds für Kinderbeihilfen an den Familienbeihilfenausgleichsfonds. Es handelt sich um einen internen Durchlaufposten, der in gleicher Höhe unter den Ressortentnahmen (Kap 18; 1955: Kap. 26) wieder eingeht. — ³⁾ Liegenschaften, Wertpapiere, Beteiligungen usw.

Der Personalaufwand, der schon seit Jahren überdurchschnittlich zunimmt, stieg im Jahre 1956 um 16% auf 12 3 Mrd S und wird im laufenden Jahr 1957 um etwa 14% auf 14 0 Mrd S steigen. Der Personalaufwand des Bundes dürfte im Jahre 1957 bereits um 77% (Aktive + 80%, Pensionisten

+ 73%) über dem Niveau des Stabilisierungsjahres 1952 liegen, die private Lohn- und Gehaltssumme trotz höherem Beschäftigungsgrad dagegen nur um höchstens 55%. Je Kopf liegt damit im Jahre 1957 das Durchschnittseinkommen im öffentlichen Dienst (Bund) um ungefähr 67% und in der Privatwirtschaft um etwa 38% über jenem des Jahres 1952, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß die Gehälter der öffentlich Bediensteten in diesem Basisjahr noch stark zurückgeblieben waren. Sie hatten damals noch nicht das 4fache von 1938 erreicht, die Brutto-Verdienste der Industriearbeiter z. B. aber bereits das 6fache von 1938 überschritten¹⁾.

Insgesamt gab der Bund im Jahre 1956 12 3 Mrd S für das Personal aus (8 1 Mrd S für Aktive und 4 2 Mrd. S für Pensionisten). In den beiden Jahren vorher waren es 10 6 Mrd. S (1955) und 9 1 Mrd S (1954). Der Anteil des Personalaufwandes an der Ausgabensumme der ordentlichen Gebarung stieg von 39 5% (1955) auf 42% und ist für 1957 mit 44% angesetzt.

Zunahme des Personalaufwandes

	1955 Erfolg	1956 Vorl. Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (−)	1957 Bundes- voran- schlag
Mill S				
Löhne und Gehälter der Aktiven				
Hoheitsverwaltung	3 723	4 388	+ 665	5 151
Monopole und Betriebe	3.347	3.750	+ 403	4.203
	7 070	8 138	+ 1 068	9 354
Pensionen				
Hoheitsverwaltung	1 573	1 918	+ 345	2 152
Monopole und Betriebe	1.938	2.236	+ 298	2.509
	3 511	4 154	+ 643	4 661
Insgesamt				
Hoheitsverwaltung	5 296	6 306	+ 1 010	7 303
Monopole und Betriebe	5.285	5.986	+ 701	6.712
	10 581	12 292	+ 1 711	14 015

Der Aufwand für Renten und Unterstützungen (ohne Pensionen) erhöhte sich um 0 50 Mrd. S auf 3 91 Mrd. S, wovon der Großteil auf Mehrleistungen des Ausgleichsfonds für Kinder- und Familienbeihilfen entfällt. An Familienbeihilfen für selbständig Erwerbstätige wurden 200 Mill. S, an Kinderbeihilfen 120 Mill. S und an Geburtenbeihilfen (erstmalig) 112 Mill S mehr ausbezahlt als im Vorjahr. Diese Mehrausgaben sind jedoch durch zweckgebundene Mehreinnahmen an Beiträgen zum Kinderbeihilfenausgleichsfonds voll gedeckt. Die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung haben sich dank der Vollbeschäftigung auf einem verhältnismäßig niedrigen Niveau stabilisiert (730 Mill. S; Budgetvoranschlag 1957: 662 Mill S), nachdem im Stagnationsjahr 1953 hierfür noch 1 110 Mill. S aufgewendet werden mußten.

¹⁾ Die Privatangestellten hielten im Durchschnitt knapp beim 5fachen ihrer Bezüge von 1936

Renten und andere öffentliche Unterstützungen

	1955 Erfolg	1956 Vorl. Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (—)	1957 Bundes- vor- anschlag
	Mill S			
Kinder- und Familienbeihilfen ¹⁾	1 637	2 069	+ 432	2 060
Kriegsopferfürsorge	965	987	+ 22	1 107
Arbeitslosenunterstützungen	703	730	+ 27	662
Opferfürsorge	43	43	—	43
Kleinrentner	34	34	—	32
Haftenschädigung und Wiedergutmachung	26	20	— 6	12
Katastrophenhilfe und sonstige Unterstützungen	8	30	+ 22	118
	3 416	3 913	+ 497	4 034

¹⁾ Einschließlich Geburten- und Ernährungsbeihilfen.

Der Bundeszuschuß zur Sozialversicherung konnte dank günstigen Beitragseingängen bei den Sozialversicherungsträgern (infolge Erhöhung der Beitragsgrundlage und der Sätze gemäß ASVG) beträchtlich herabgesetzt werden. Sehr wahrscheinlich wird aber bald wieder eine gegenläufige Entwicklung einsetzen. Die Leistungen der Pensionsversicherung steigen und werden wieder wachsende Bundeszuschüsse erforderlich machen. Es ist allerdings noch nicht abzusehen, ob diese Tendenzumkehr schon im laufenden Jahr einsetzen wird.

Der Bundesvoranschlag 1957 rechnet jedenfalls wieder mit bedeutend höheren Verpflichtungen aus diesem Titel (1.208 Mill. S). Einschließlich der Pensionen und des Zuschusses zur Sozialversicherung erreichten die gesamten Transferzahlungen des Bundes an private Haushalte im Jahre 1956 87 Mrd. S gegenüber 81 und 78 Mrd. S in den zwei Jahren vorher.

Die Preisstützungen, die in den letzten Jahren etwas abgebaut werden konnten, erforderten im Jahre 1956 wieder beträchtliche zusätzliche Mittel. Sie waren mit 1 350 Mill. S um 338 Mill. S höher als im Jahre 1955. Vom Mehraufwand entfallen allein auf die Milchpreissubvention 325 Mill. S, da mit Wirkung vom 1. März 1956 der Stützungsbeitrag von 0,20 S auf 0,50 S je Liter Milch erhöht wurde. Damit werden die bisherigen Bestrebungen nach einem allmählichen Abbau der Subventionen vorläufig unterbrochen.

Subventionen

	1955 Erfolg	1956 Vorl. Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (—)	1957 Bundes- vor- anschlag
	Mill S			
Brotgetreidepreisstützung	371	401	+ 30	407
Milchpreisstützung	240	565	+ 325	620
Sonstige Lebensmittelstützungen	54	35	— 19	—
Futtermittelpreisausgleich	184	201	+ 17	156
Düngemittelpreisausgleich	99	123	+ 24	119
Viehpreisstützung	36	—	— 36	2
Saatgutverbilligung	4	2	— 2	—
Transportkostenzuschuß für Gebirgsbauern	7	8	+ 1	6
Preisausgleich in der Mineralölwirtschaft	17	15	— 2	—
Zusammen	1 012	1 350	+ 338	1 310

Die Mittel, die der Bund für Investitionen und investitionsähnliche Zwecke (Brutto-Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung in anderen Bereichen der Wirtschaft) bereitstellen konnte, waren mit 5,1 Mrd. S um 0,8 Mrd. S oder 13% niedriger als im Vorjahr. Damals hatte das Investitionsbudget allerdings ein Rekordniveau erreicht. Die Investitionsstruktur hat sich gründlich verändert. Während die Mittel für Instandhaltung (—0,1 Mrd. S) und Investitionsförderung (—0,2 Mrd. S) nur mäßig gekürzt wurden und die Investitionen im Bereiche der Hoheitsverwaltung sogar um 0,3 Mrd. S zunahmen, traf die Investitionseinschränkung die öffentlichen Betriebe und Monopole in voller Schärfe (—0,8 Mrd. S). Freilich waren diese im Jahre 1955 besonders großzügig dotiert worden, so daß die Restriktion im Jahre 1956 optisch besonders stark hervortritt. Diese Investitionen sind jedoch im Jahre 1957 weiter reduziert worden. Daraus ergab sich eine gegenläufige Entwicklung innerhalb der Bundesinvestitionen: Die baulichen Investitionen (Straßen, Wohnbau), die vor allem durch zweckgebundene Einnahmen finanziert werden, expandieren ständig, während die maschinellen und Anlage-Investitionen (Bahn, Post) empfindlich eingeschränkt wurden.

Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung des Bundes

(Ordentliche und ao Gebarung)

	1955 Erfolg	1956 Vorl. Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (—)	1957 Bundes- vor- anschlag
	Mill S			
I. Hoheitsverwaltung				
Straßen und Brücken	783	970	+ 187	930
Hochbauten	163	210	+ 47	105
Wasserbau und sonstige Bauten	64	60	— 4	22
Inventar, Maschinen und Fahrzeuge	221	321	+ 100	183
Brutto-Investitionen insgesamt	1 231	1 561	+ 330	1 240
Instandhaltung	388	340	— 48	310
II. Bundesbetriebe und Monopole				
Bundesbahn	1 447	912	— 535	553
Post	578	395	— 183	213
Sonstige Betriebe und Monopole	205	130	— 75	71
Brutto-Investitionen insgesamt	2 230	1 437	— 793	837
Instandhaltung	634	580	— 54	570
III. Investitionsförderung in anderen Bereichen der Wirtschaft				
Wohnungsbau	343	101	— 242	219
Land- und Forstwirtschaft	366	340	— 26	178
Industrie	233	183	— 50	97
Fremdenverkehr	58	33	— 25	—
Sonstige Investitionsdarlehen oder -zuschüsse	366	485	+ 119	89
Investitionsförderung insgesamt	1 366	1 142	— 224	583
Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung insgesamt (Summe I—III)	5 849	5 060	— 789	3 540
davon Brutto-Investitionen	3 461	2 998	— 463	2 077
Instandhaltung	1 022	920	— 102	880
Investitionsförderung	1 366	1 142	— 224	583

Eine Analyse der Investitionen des Bundes wäre ohne Einbeziehung der öffentlichen Wohnbaufonds (Wohnhaus-Wiederaufbaufonds und Bundes-Wohn-

und Siedlungsfonds), die im Bundeshaushalt nicht verrechnet werden, unvollständig und von geringem Aussagewert. Der Investitionseffekt der öffentlichen Mittel auf dem Wohnbausektor war in den letzten Jahren bedeutend. Beiden Wohnbaufonds standen im Jahre 1956 12 Mrd. S (im Vorjahr 11 Mrd. S) überwiegend aus steuerähnlichen Einnahmen zum Zwecke der Wohnbaufinanzierung zur Verfügung. Im Jahre 1957 werden es schätzungsweise 14 Mrd. S sein. Die tatsächlich zugezählten Baudarlehen entsprechen annähernd den Einnahmen.

Bauvolumen der öffentlichen Wohnbaufonds

	1955 Erfolg	1956 Vorl. Erfolg	1957 Zunahme (+) Abnahme (-) Schätzung	1957 Schätzung
I Gewährte Baudarlehen				
Wohnhaus-Wiederaufbaufonds (WWF) ¹⁾	719	805	+ 86	1 000
Bundes-Wohn- u. Siedlungsfonds (BWSF)	340	400	+ 60	450
Gefördertes Bauvolumen	1 059	1 205	+ 146	1 450
II Bedeckung				
Beiträge zum WWF	532	587	+ 55	680
Anleihen des WWF	—	200	+ 200	200
Wohnbauförderungsbeiträge (zum BWSF)	304	334	+ 30	360
Darlehensrückflüsse	65	85	+ 20	100
Bundeszuschüsse	201	—	- 201	200
	1 102	1 206	+ 104	1 540

¹⁾ Ohne Hausrats-Darlehen, aber einschl. Tilgungsraten aus dem Titel der Vorfinanzierung (jährlich rd. 100 bis 140 Mill. S)

Die ständige Zunahme des öffentlich finanzierten Bauvolumens (Wohnbau und Straßen) hat konjunkturpolitisch ernste Bedeutung. Während jede „aktive Konjunkturpolitik“ möglichst wirksamen Einfluß auf das öffentliche *Gesamtinvestitionsvolumen* erfordert, entziehen sich die *baulichen* Investitionen aus bestimmten Gründen (zweckgebundene Einnahmen, autonome Baupolitik der Fonds, Länder und Gemeinden) weitgehend einer solchen Lenkung.

Die Budgetpolitik ist daher gezwungen, das Schwergewicht der Restriktionen auf die *maschinellen* (und Anlage-) Investitionen, d. h. vor allem auf die Investitionen der Bundesbetriebe (Bahn und Post) zu verlegen. Die Folge ist, daß die Produktion maschineller Investitionsgüter teilweise stagniert, die Bauwirtschaft dagegen möglicherweise übermäßig floriert und unter Knappheitserscheinungen leiden wird. Unter den gegebenen Voraussetzungen ist es für die Budgetpolitik jedenfalls sehr schwierig, gleichzeitig konjunkturpolitische und währungspolitische Ziele zu verfolgen.

Als Ausweg aus diesem Dilemma steht derzeit zunächst nur der Anleiheweg (z. B. „Investitionsanleihe 1956“) und die Hoffnung auf das „Eventualbudget“ offen (siehe S. 161). Es wäre daher zu erwägen, ob das Prinzip der starren Widmung bestimmter Zweckabgaben im Interesse einer ausgeglicheneren

öffentlichen Investitionspolitik gelockert werden könnte.

Die Investitionen des Bundes und der Bundesfonds werden zum weitaus überwiegenden Teil *aus Steuermitteln finanziert* (von 1954 bis 1957: zu 55%, 61%, 71% und 77%). Der Anteil der sonstigen Finanzierungsquellen sinkt stetig. Insbesondere ging in den letzten Jahren die Selbstfinanzierungsquote bei den Bundesbetrieben stark zurück. Außerdem wurden weniger Anleiherlöse in Anspruch genommen. Hingegen gewinnt die ERP-Finanzierung dank wachsenden Rückflüssen neuerdings wieder an Gewicht¹⁾.

Seit 1954 hat sich die *Investitionsstruktur* völlig gewandelt. Der Anteil der Wohnbaufonds hat sich absolut und relativ fast verdoppelt, jener der öffentlichen Betriebe sank auf die Hälfte.

Investitionsfinanzierung des Bundes¹⁾

	1954		1955		1956 ²⁾		1957 ³⁾	
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%
Finanzierungsquellen								
Steuern und Abgaben	1 93	40	2 62	46	2 84	54	2 30	53
Betriebs-einnahmen (Tarife)	0 83	17	1 01	18	0 58	11	0 37	8
Außerbudgetär verrechnete steuerähnliche Wohnbaubabgaben ⁴⁾	0 73	15	0 84	15	0 92	17	1 04	24
Kreditoperationen (Anleihen)	0 40	8	0 84 ⁵⁾	15	0 60	11	0 20	5
ERP-Freigaben ⁶⁾	0 94	20	0 37	6	0 40	7	0 45	10
Zusammen	4 83	100	5 68	100	5 34	100	4 36	100
Verwendung								
Hohheitsverwaltung (Bundes) ⁷⁾	0 77	16	1 23	22	1 56	29	1 24	29
Monopole und Betriebe ⁸⁾	1 71	35	2 23	39	1 44	27	0 84	19
Wohnbaufonds ⁹⁾	0 80	17	1 06	19	1 20	23	1 45	33
Investitionsförderung der Wirtschaft ¹⁰⁾	1 55	32	1 16	20	1 14	21	0 83	19
Zusammen	4 83	100	5 68	100	5 34	100	4 36	100

¹⁾ Einschließlich Wohnbaufonds. — ²⁾ Vorläufige Angaben. — ³⁾ Laut Bundesvoranschlag 1957 (ohne Eventualbudget) ergänzt durch Schätzungen des Institutes —

⁴⁾ Beiträge zum Wohnhaus-Wiederaufbaufonds und Wohnbauförderungsbeiträge. —

⁵⁾ ERP-Mittel im ordentlichen und ao. Haushalt. — ⁶⁾ Überhang aus 1954. Im Jahre 1955 selbst wurden *keine* Bundesanleihen aufgenommen. — ⁷⁾ Brutto-Investitionen ohne Instandhaltung. — ⁸⁾ Effektiv gewährte Baudarlehen. — ⁹⁾ Investitionsförderung aus Bundes- oder ERP-Mitteln, teils in Form von Kapitalzuschüssen überwiegend jedoch in Form von Darlehen.

Einnahmen

Die Gesamteinnahmen des Bundes waren mit 30.271 Mill. S um 2 38 Mrd. S oder 9% höher als im Vorjahr. Die Mehreinnahmen stammen hauptsächlich aus günstigeren *Steuererträgen*. Brutto gingen um 1 81 Mrd. S (9%) und netto (nach Abzug der Ertragsanteile der Länder, Gemeinden, Fonds usw.) um 0 98 Mrd. S (7%) mehr ein als im Jahre 1955. Da die direkten Steuern um 10% und die indirekten um 9% ergiebiger waren, hat sich die Steuerstruktur nicht weiter zuungunsten der direkten Steuern ver-

¹⁾ Die ERP-Gebahrung des Bundes umfaßt *nicht* die von der *Österreichischen Nationalbank* verwalteten ERP-Rückflüsse aus ERP-Darlehen, die sie vor dem 20. Juni 1952 an die Industrie gewährt hatte. Die gesamten zur Wiederverwendung bereitgestellten ERP-Rückflüsse sind viel höher und beliefen sich in den Jahren 1955 und 1956 auf 744 Mill. S und 712 Mill. S

schohen. Im Jahre 1957 ist vielmehr wieder mit einer stärkeren Rückbildung der Steuerstruktur von den indirekten zu den direkten Steuern zu rechnen, da die Masse der Gewinne des Konjunkturjahres 1955 erst jetzt veranlagt wird.

Die Bundeseinnahmen

	1955 Erfolg	1956 Vorl. Erfolg	1957 Zunahme (+) Abnahme (-)	1957 Bundes- voran- schlag
I Laufende Einnahmen der Hoheitsver- waltung				
	Mill. S			
Steuern und Abgaben	13.533	14.510	+ 977	15.966
Steuerähnliche Einnahmen	3.033	3.416	+ 383	3.270
Laufende Beiträge anderer öffentlicher Körperschaften und Fonds ¹⁾	282	309	+ 27	292
Interne Überweisung an den Familien- beihilfenausgleichsfonds ²⁾	436	638	+ 202	580
Zinsen (ohne ERP)	100	105	+ 5	94
Darlehensrückflüsse (ohne ERP)	93	110	+ 17	151
Gewinnabfuhr ³⁾	121	430	+ 309	260
Veräußerungserlöse	120	100	- 20	555
Laufende Ressort-einnahmen und son- stige (Restpost) ⁴⁾	1.393	1.460	+ 67	1.197
	19.111	21.078	+ 1.967	22.365
II Einnahmen der Monopole und Bundes- betriebe				
Monopole	789	878	+ 89	762
Post	2.120	2.245	+ 125	2.285
Bundesbahn	4.612	4.729	+ 117	4.611
Sonstige	617	660	+ 43	614
	8.138	8.512	+ 374	8.272
III Ordentliche ERP-Gebahrung				
ERP-Darlehensrückflüsse	180	190	+ 10	210
ERP-Zinsen	87	89	+ 2	90
ERP-Freigaben für die ordentliche Gebahrung	76	100	+ 24	15
	343	379	+ 36	315
IV Außerordentliche Gebahrung				
ERP-Freigaben	298	302	+ 4	.
Einnahmen insgesamt (Summe I-IV)	27.890	30.271	+ 2.381	30.952

¹⁾ Transfer von Ländern, Gemeinden, Kammern, Sozialversicherung und Fonds —

²⁾ Statistische Durchlaufposten (siehe „Bundesausgaben“, Übersicht 2) — ³⁾ Münz-
gewinn, Nationalbank, Postsparkassa, Montangebühren (Förderzins usw.) — ⁴⁾ Kosten-
ersätze für öffentliche Leistungen durch Private sowie alle übrigen Erträge

Die *Abgabenentwicklung* von 1937 bis 1957 ist bereits im Februar-Bericht eingehend dargestellt und interpretiert worden (Heft 2, Jg. 1957, S. 52). Neben den Steuern haben sich auch die *steuerähnlichen Einnahmen* günstig entwickelt (+ 0,38 Mrd. S = 13%). Sie werden größtenteils von der Lohn- und Gehalts-summe berechnet (Dienstgeberbeiträge zum Kinderbeihilfenausgleichsfonds, Arbeitslosenversicherungsbeiträge u. dgl.) und werfen daher bei guter Beschäftigungslage relativ hohe Erträge ab.

Die Belastung des Brutto-Nationalproduktes mit Steuern und steuerähnlichen Abgaben ist im Jahre 1956 nicht mehr wie vorher (seit 1953) weiter zurückgegangen, sondern hat sich wieder leicht erhöht. Diese Tendenzumkehr ist neben der Erschöpfung des Effektes der Steuersenkung 1954 vor allem der Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung gemäß ASVG 1956 zuzuschreiben. Wahrscheinlich wird der relative Steuerdruck im Jahre 1957 neuerlich zunehmen, da trotz unveränderten Steuersätzen die Steuern stärker zunehmen werden als das Sozialprodukt. Eine

Steuern und steuerähnliche Einnahmen

	1955 Erfolg	1956 Vorl. Erfolg	1957 Zunahme (+) Abnahme (-)	1957 Bundes- voran- schlag
A. Steuern				
1 Direkte Steuern				
Einkommensteuer	2.200	2.186	- 14	2.300
Lohnsteuer	1.458	1.910	+ 452	2.300
Körperschaftsteuer	1.080	1.227	+ 147	1.650
Vermögenssteuer	163	189	+ 26	200
Gewerbesteuer	1.621	1.732	+ 111	1.850
Besatzungskostenbeiträge	305	136	- 169	10
Beiträge zum Wohnhaus-Wiederaufbau- fonds	533	587	+ 54	650
Beiträge für die Länder zur Wohn- bauförderung	155	226	+ 71	250
Beiträge für den Familienbeihilfen- ausgleichsfonds	93	136	+ 43	150
Wohnbauförderungsbeitrag	304	334	+ 30	310
Sonstige direkte Steuern	36	48	+ 12	45
Zusammen	7.948	8.711	+ 763	9.715
2 Indirekte Steuern				
Umsatzsteuer (einschl. Bundeszuschlag)	5.933	6.427	+ 494	7.560
Zölle	1.357	1.471	+ 114	1.400
Tabaksteuer	1.197	1.234	+ 37	1.205
Mineralölsteuer (einschl. Bundes- zuschlag)	813	1.029	+ 216	1.219
Biersteuer	296	306	+ 10	280
Weinsteuer	68	51	- 17	50
Sonstige Verbrauchssteuern	19	—	- 19	18
Rechnungsstempel	1.009	1.097	+ 88	1.260
Beförderungssteuer	259	282	+ 23	300
Grunderwerbsteuer	165	162	- 3	140
Versicherungssteuer	87	102	+ 15	110
Kraftfahrzeugsteuer	108	96	- 12	120
Sonstige Gebühren und Verkehr- steuern	534	633	+ 99	710
Zusammen	11.845	12.890	+ 1.045	14.372
Öffentliche Abgaben, brutto	19.793	21.601	+ 1.808	24.087
Überweisungen an Länder, Gemeinden, Fonds usw.	- 6.260	- 7.091	- 831	- 8.121
Bundeseinnahmen aus öffentlichen Abgaben (netto)	13.533	14.510	+ 977	15.966
B. Steuerähnliche Einnahmen				
Arbeitslosenversicherungsbeiträge	845	929	+ 84	907
Dienstgeberbeiträge zum Kinderbeihilfenausgleichsfonds	1.721	1.963	+ 242	1.900
Beiträge zum Familienbeihilfenausgleichsfonds	152	196	+ 44	210
Sonderbeiträge gem. § 12 Wohnungsbeihilfengesetz	213	212	- 1	227
Einnahmen der Preisausgleichsfonds	78	90	+ 12	
Sonstige	24	26	+ 2	26
Zusammen	3.033	3.416	+ 383	3.270
Steuern und steuerähnliche Einnahmen des Bundes insgesamt	16.566	17.926	+ 1.360	19.236

solche Entwicklung sollte nicht überraschen, seit der Staatsvertrag neue direkte und indirekte Belastungen (Ablöse, Landesverteidigung) erfordert.

Von den *Sonstigen Einnahmen* der Hoheitsverwaltung haben nur die „Gewinnabfuhr“ von insgesamt 430 Mill. S bedeutende Mehrerträge

Die relative Steuerbelastung in Österreich

	1953		1954		1955		1956	
	Mrd S	%	Mrd S	%	Mrd S	%	Mrd. S	%
Direkte Steuern	10.9	14.1	11.3	12.9	11.5	11.5	12.6	11.5
Indirekte Steuern	10.4	13.4	11.6	13.3	13.6	13.6	14.9	13.6
Abgaben insgesamt ¹⁾	21.3	27.5	22.9	26.2	25.1	25.1	27.5	25.1
Sozialabgaben	4.7	6.0	5.3	6.0	6.5	6.5	7.7	7.0
Gesamte Steuerlast	26.0	33.5	28.2	32.2	31.6	31.6	35.2	32.1
Brutto-Nationalprodukt	77.6	100	87.5	100	100.4	100	109.5	100

¹⁾ Abgaben im weitesten Sinne, also einschließlich Länder- und gemeindeeigene Steuern, Fonds- und Kammerbeiträge, Zwangsumlagen aller Art sowie Gewinne der Bundesmonopole (z. B. Branntwein).

(+ 0.31 Mrd. S) erbracht. 180 Mill. S entfallen auf Münzgewinne (Münzregal) und 160 Mill. S auf Montangebühren (Erdölförderzins), mit denen teilweise die erhöhte Milchpreissubvention gedeckt wurde.

Die bisher so gut wie unergiebigsten Montangebühren gewinnen seit der Übernahme der Ölfelder durch die Österreichische Mineralölverwaltung große Bedeutung als neue Einnahmequelle des Bundes und als Deckung der Reparationen an die Sowjetunion. Weitere 85 Mill. S konnten als Gewinnanteil an der Nationalbank (45 Mill. S) und als Gewinn der Postsparkasse (40 Mill. S) vereinnahmt werden.

Die Einnahmen der *Betriebe und Monopole* lagen mit 8.51 Mrd. S nur um 0.37 Mrd. S (4.5%) höher als im Vorjahr. Besonders unbefriedigend entwickelten sich vor allem die Einnahmen der Bundesbahnen, die bloß um 117 Mill. S (2.5%) stiegen. Es läßt sich jedoch bereits absehen, daß die Einnahmen der Bahn im laufenden Jahr wieder stärker steigen werden.

Da die Betriebs- und Monopolleistungen fast durchwegs zu unveränderten Tarifen und Preisen erbracht wurden, gehen die Mehrerträge auf echte Leistungssteigerungen zurück.

Trotz der nur geringen Mehreinnahmen ging das gesamte Netto-Defizit der Betriebe und Monopole sogar um 33 Mill. S auf 1.153 Mill. S zurück, da auch die Ausgaben, freilich um den Preis empfindlicher Investitionseinschränkungen, nur wenig höher waren als im Vorjahr. (Das Defizit der Bundesbahnen allein betrug 1.339 Mill. S, gegen 1.361 Mill. S im Jahre 1955.) Seit dem Versiegen der ERP-Hilfslieferungen im Jahre 1955 hat sich die *ERP-Gebarung* im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt auf einem Niveau stabilisiert, das weitestgehend durch die Höhe der ERP-Rückflüsse (an Zinsen und Amortisationsquoten) bestimmt wird.

Der Bundesvoranschlag 1957

Der Bundesvoranschlag 1957 sieht, wie aus der ersten Tabelle zu ersehen ist, im *ordentlichen Haushalt* bei 31.81 Mrd. S Ausgaben und 30.95 Mrd. S Einnahmen einen Abgang in Höhe von 860 Mill. S vor. Zuzüglich der Aufwendungen des außerordentlichen Haushaltes (0.71 Mrd. S) ergibt sich ein Gesamtgebarungsabgang von 1.572 Mill. S. Es wird erwartet, daß das Defizit des ordentlichen Haushaltes durch Mehreinnahmen oder notfalls durch Sparmaßnahmen und das der außerordentlichen Gebarung durch eventuelle Überschüsse der ordentlichen Gebarung gedeckt werden kann. Ferner könnten zu diesem Zweck auch Kassenbestände oder Erlöse von Kreditoperationen verwendet werden.

Ausgaben

Die mit 32.52 Mrd. S angesetzten Gesamtausgaben werden den Gebarungserfolg des Jahres 1956 um etwa 1.53 Mrd. S (5%) überschreiten. Davon entfallen + 1.72 Mrd. S (+ 14%) auf den Personalmehraufwand (100%ige Erfüllung des Gehaltsgesetzes 1956), + 0.59 Mrd. S auf den Bundeszuschuß zur Sozialversicherung und + 0.34 Mrd. S auf den Sachaufwand der Landesverteidigung. Diesen Mehrausgaben stehen jedoch beträchtliche *Einsparungen* bei den Brutto-Investitionen im Ausmaße von 0.92 Mrd. S gegenüber. (Davon allein bei den Betrieben und Monopolen 0.60 Mrd. S.) Die meisten übrigen Ansätze decken sich im großen und ganzen mit den vorläufigen Erfolgsszahlen des Jahres 1956.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die veranschlagten Ausgaben realistisch angesetzt wurden und mit Ausnahme der Verrechnungsansätze (z. B. ERP-Freigaben) und vorbehaltlich der Inanspruchnahme des *Eventualbudgets* von der tatsächlichen Entwicklung kaum nennenswert überholt werden können. Insbesondere dürfte der mit 14.01 Mrd. S präliminierte *Personalaufwand* erstmalig dem tatsächlichen Erfordernis annähernd entsprechen, da nach der Vollvalorisierung, stabile Wirtschaftsverhältnisse vorausgesetzt, auch auf längere Sicht wieder mit einer ruhigeren Entwicklung der Personalausgaben gerechnet werden kann.

Bleibt der Beschäftigungsgrad hoch, kann an *Zuschüssen zur Sozialversicherung* gespart (1.21 Mrd. S) werden. Andererseits ist fraglich, ob die ohnehin verhältnismäßig knappen Ansätze für die *Landesverteidigung* (1.50 Mrd. S) eingehalten werden können. Es kann angenommen werden, daß die möglichen Einsparungen den unvermeidbaren Überschreitungen die Waage halten werden.

Einnahmen

Die Einnahmen sind im Bundesvoranschlag 1957 mit 30.95 Mrd. S veranschlagt, das wäre nur um 0.68 Mrd. S oder 2% mehr als im Jahre 1956 tatsächlich eingeflossen ist. Da aber an Steuern und Abgaben netto um 1.46 Mrd. S (+ 10%) mehr erwartet werden, wurden alle übrigen Einnahmen besonders vorsichtig angesetzt. Die möglichen Reserven zur Deckung des veranschlagten Gesamtdefizites (– 1.57 Mrd. S) liegen daher nicht so sehr bei den Steuern und Abgaben, die nur noch mäßige Mehrerträge (gegenüber dem Bundesvoranschlag) erbringen können, sondern überwiegend bei den steuerähnlichen Einnahmen, den Ressorteneinnahmen (Kostenersätze u. dgl.) und bei den Einnahmen der Betriebe und Monopole.

Der Bundesvoranschlag rechnet für 1957 mit *Brutto-Abgaben* von 24 09 Mrd. S (+ 11%) und netto (nach Abzug der Ertragsanteile) mit 15 97 Mrd. S, d. s. um 1 46 Mrd. S oder 10% mehr als im Jahre 1956 (vorläufiger Abgabenerfolg). Sowohl für die direkten als auch für die indirekten Steuern wird eine Zuwachsrate von je 11% (brutto) angenommen. Auf Grund der Entwicklung im I Quartal 1957 und der Vorausschätzungen des Institutes (siehe Heft 2, Jg. 1957, S. 54) ist jedoch bei den direkten Steuern mit einer weit stärkeren Zunahme (Gewinnveranlagung 1955), bei den indirekten Steuern dagegen mit einer geringeren Zuwachsrate (Umsatzsteuer wegen Exportrückvergütung usw.) zu rechnen. Insgesamt dürfte ein teilweiser Ausgleich stattfinden, wobei allerdings per Saldo noch immer namhafte Abgabemehrerträge erübrigt werden könnten.

Die *steuerähnlichen Einnahmen*, die mit 3 27 Mrd. S veranschlagt sind, enthalten voraussichtlich beträchtliche stille Reserven, da ihr Ertrag im Jahre 1956 bereits 3 42 Mrd. S erreichte und die Summe der privaten Löhne und Gehälter weiter steigt.

Namhafte Mehrerträge werden aus der *Veräußerung von öffentlichen Vermögenswerten* erwartet (+ 0 45 Mrd. S). Davon wurden bereits 350 Mill. S aus dem Verkauf von Aktien der Creditanstalt-Bankverein und der Österreichischen Länderbank A. G. (Volksaktien) Erlöst.

Die Einnahmen der *Betriebe und Monopole* wurden mit 8 27 Mrd. S besonders vorsichtig geschätzt, da im Zeitpunkt der Erstellung des Bundesvoranschlages der Erfolg des Jahres 1956 (8 51 Mrd. S) noch nicht abgesehen werden konnte, zumal die Eingänge besonders im 1. Halbjahr des Vorjahres praktisch stagnierten. Inzwischen hat sich aber die Verkehrslage entschieden gebessert, bestimmte Ausnahmetarife der ÖBB wurden aufgehoben und nicht zuletzt fördert der günstige Saisonverlauf eine Zunahme der Transportleistungen. Es besteht daher begründete Aussicht, daß nicht nur die Ansätze des Bundesvoranschlages, sondern auch die vorläufigen Erfolgsziffern für 1956 merklich überschritten werden.

Die *ERP-Counterpart-Freigaben* sind nur mit einem Verrechnungsansatz ohne Kreditbetrag veranschlagt. Eventuelle Freigaben werden als Investitionsförderung in voller Höhe an die Wirtschaft weitergeleitet. Für 1957/58 wurde eine Freigabe von 1 Mrd. S (einschließlich der von der Nationalbank verwalteten ERP-Mittel) beantragt.

Der Eventualvoranschlag

Die hohen Ansprüche, die dem Budget aus dem Titel des Gehaltsgesetzes 1956 und aus dem Aufbau der Landesverteidigung sowie aus den Ablöseverpflichtungen gegenüber der Sowjetunion erwachsen, können ohne drastische Einschränkungen der Investitionen nicht erfüllt werden. Andere Einsparungsmöglichkeiten bestehen kaum, da die meisten übrigen Ausgaben, vor allem für Pensionen, Renten, Unterstützungen, Staatsschuld und Subventionen auf gesetzlichen oder rechtlichen Verpflichtungen beruhen und Steuer- sowie Tarifierhöhungen bewußt vermieden werden sollen.

Andererseits erfüllen insbesondere die Investitionsaufträge der Bundesbetriebe (Post und Bahn) eine wichtige konjunkturpolitische Funktion, auf die im gesamtwirtschaftlichen Interesse und im Interesse wichtiger Produktionszweige nur schwer verzichtet werden kann.

Aus diesem Dilemma soll das Eventualbudget führen, das in dem Maße verwirklicht wird, als die Einnahmen die Ausgaben des Normalbudgets übersteigen. Das Eventualbudget, nach 3 Dringlichkeitsstufen gegliedert, sieht Ausgaben bis zu 2 Mrd. S vor. Unter ihnen überwiegen *Investitionen*. Bahn und Post sollen im 1. Rang 152 Mill. S und im 3. Rang 440 Mill. S erhalten. Sollte unwahrscheinlicher Weise auch der 3. Rang des Eventualbudgets voll zum Zuge kommen, könnten die gesamten Investitionseinschränkungen bei den Bundesbetrieben wieder aufgehoben und das Volumen von 1956 wieder erreicht werden.

Das Eventualbudget 1957

Kapitel	Mill. S	
I Rang		
Land- und Forstwirtschaft	110	
Bundesbahn	105	
Post	47	
Bauten	47	
Unterricht	45	
Soziale Verwaltung	40	
Sonstige Ressorts	50	444
II Rang		
Anlegung einer Kassenreserve		300
III Rang		
Bundesbahn	400	
Landesverteidigung	300	
Bauten	116	
Land- und Forstwirtschaft	62	
Verkehr (Luftfahrt)	53	
Post	40	
Unterricht	40	
Sonstige Ressorts	193	1.204
Insgesamt		1 948

Die Aussichten für das Eventualbudget

Ein Teil des Eventualvoranschlages könnte unter folgenden drei Bedingungen erfüllt werden: 1. Der präliminierte Ausgabenrahmen des Normalbudgets

darf nicht nennenswert überzogen werden, 2 die gegenwärtige Tendenz der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung dürfte in den restlichen drei Quartalen dieses Jahres nicht empfindlich gestört werden, und 3. der Geldwert müßte stabil bleiben.

Unter diesen Voraussetzungen läßt sich für das Eventualbudget folgende Prognose stellen:

Veranschlagter Gebarungsabgang im Normalbudget	Mrd S
Abgang im ordentlichen Haushalt	0 86
Abgang im außerordentlichen Haushalt	0 71
	<u>1 57</u>

Voraussichtliche Mehreinnahmen

1. Mehrertrag an Steuern und Abgaben (netto) ¹⁾	0 6
2. Mehrertrag an steuerähnlichen Einnahmen ²⁾	0 3
3. Mehrertrag an Ressortereinnahmen ³⁾ usw	0 3
4. Mehreinnahmen der Monopole und Bundesbetriebe ⁴⁾	0 8
	<u>2 0</u>

Voraussichtlicher Überschuß des Normalbudgets . . . 0 4

Nach diesen Überlegungen wird, wie nachstehende Übersicht zeigt, voraussichtlich der erste Rang des Eventualbudgets voll finanziert werden können. Die Aussichten, die Kassenreserven des Bundes, die im zweiten Rang des Eventualbudgets figurieren, aufzufüllen und die in den dritten Rang verwiesenen Investitionen durchzuführen, sind gering.

Eventualbudget	Mrd S
I. Rang	0 45
II. Rang	0 30
III. Rang	1 20
	<u>1 95</u>

¹⁾ Veranschlagter Mehrertrag gegenüber dem Erfolg 1956: + 100%, tatsächlicher Mehrertrag im I Quartal 1957: + 130%; Tendenz steigend — ²⁾ Unter der Annahme einer 80/100igen Lohnsummensteigerung — ³⁾ Kostenersätze (Gebühren usw.) für öffentliche Leistungen und verschiedene Einnahmen — ⁴⁾ Davon Bahn + 450 Mill S, Monopole + 200 Mill S, Post und Betriebe + 150 Mill S.